

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Newsletter zur Sitzungswoche des Europäischen Parlaments im Februar 2012

17. Februar 2012

Demokratie in Ungarn

Resolution des
Europäischen Parlaments
2012/2511(RSP)

und

Mitteilung der Europäischen
Kommission

Abstimmung der Resolution
am Donnerstag,
16. Februar

Kommissionsmitteilung am
Dienstag,
14. Februar

Rebecca Harms MdEP
www.rebecca-harms.de

Hintergrund: Nachdem der ungarische Premier Orbán seit Amtsantritt im Jahr 2010 mit vielen seiner Reformen – zum Beispiel mit einem neuen Mediengesetz, Einschränkungen der Unabhängigkeit der Zentralbank und einer neuen Verfassung - international stark in die Kritik geraten ist, hat das Europäische Parlament im Kampf um die Einhaltung demokratischer Grundrechte im EU-Mitgliedsland Ungarn einen weiteren Schritt getan. In einer Resolution, die am Donnerstag verabschiedet wurde, unterstützt erstmals eine Mehrheit der Abgeordneten die Forderung, eine Einleitung eines Verfahrens nach Artikel 7 der EU-Verträge in Erwägung zu ziehen. So soll überprüft werden soll, ob Ungarn gegen europäische Werte verstößt.

Ergebnis aus Grüner Sicht: Das Europäische Parlament hat ein klares Zeichen für die Verteidigung europäischer Grundwerte und gegen die schleichende Aushöhlung demokratischer Grundprinzipien in Ungarn gesetzt. Dies ist umso wichtiger, da die anderen EU-Institutionen bisher nicht deutlich genug Stellung bezogen haben: Aus dem von der konservativen Europäischen Volkspartei dominierten Rat vernimmt man bisher nichts als ein dröhnendes Schweigen, und die EU-Kommission hat ihre Kritik auf wenige Probleme beschränkt und das ganze Ausmaß des Abbaus demokratischer Rechte in Ungarn ignoriert. Das Parlament muss jetzt konsequent sein und das in der Resolution angekündigte Artikel-7-Verfahren umgehend einleiten.

[> Pressemitteilung von Rebecca Harms](#)

Schuldenkrise/ Europäischer Fiskalpakt

Erklärung von Rat und
Kommission

Besuch von Mario Monti

Debatte am Mittwoch,
15. Februar

Reinhard Bütikofer MdEP
www.reinhard-buetikofer.de

Hintergrund: Der italienische Ministerpräsident Mario Monti hat das Straßburger Plenum besucht. In einer intensiven Debatte ging es unter anderem um die Schuldenkrise, die Situation in Griechenland und weitere Fragen im Vorfeld des anstehenden EU-Gipfels im März.

Unlängst haben sich 25 EU-Staaten auf den "Europäischen Fiskalpakt" verständigt, der Schuldenbremsen in nationalem Recht verankern will. Zugleich läuft die Debatte um neue Griechenlandhilfen/Griechenland-Haircut/Griechenland-Default. Frau und Herr Merkozy forderten in diesem Zusammenhang ein Sperrkonto für griechische Staatseinnahmen, durch das Griechenland faktisch die Hoheit über seinen Staatshaushalt verlieren würde.

Grüne Position: Den Fiskalpakt sieht die Grüne/EFA-Fraktion kritisch: Erstens, weil die Vereinbarungen entweder schon Teil des Sekundärrechts sind oder im Rahmen der europäischen Verträge umsetzbar gewesen wären. Zweitens, weil die Vereinbarkeit des Pakts mit EU-Recht in Teilen fraglich ist. Drittens, weil das Abkommen wirtschaftspolitisch unausgewogen ist.

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Nachhaltige Haushaltspolitik muss durch nachhaltiges Wachstum flankiert und überhaupt mittelfristig möglich gemacht werden.

Die Sparanstrengungen in Griechenland reichen zwar insgesamt nicht aus, aber es wäre falsch anzunehmen, dass ihre aktuelle Verschärfung zu einem Ausweg aus der Krise beitragen könnte. Deutsch-französische Forderungen nach einem Sperrkonto für griechische Staatseinnahmen lehnen wir Grüne ab. Der Vorschlag ist absurd.

Milch und Milcherzeugnisse

Bericht James Nicholson
(EKR, Großbritannien)

*"Vertragsbeziehungen im Sektor
Milch und Milcherzeugnisse"*
A7-0262/2011

Ordentliche Gesetzgebung,
1. Lesung

Debatte am Dienstag,
14. Februar

Abstimmung am Mittwoch,
15. Februar

Martin Häusling MdEP
www.martin-hausling.de

Hintergrund: Das sogenannte Milchpaket sollte die Lehren aus der Milchkrise in den Jahren 2007 bis 2009 ziehen und die Stellung der Erzeuger im Milchsektor stärken. Ziel der Vorschläge des Parlaments war die Stärkung der Milchbauern gegenüber der Milchindustrie durch die Einführung klarer verpflichtender Verträge, die den Bauern mehr Sicherheit geben. In den Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten wurde dies alles verwässert - gerade, da nun die Mitgliedstaaten entscheiden, ob Verträge verpflichtend gelten oder nicht. Die reale Marktmacht der Milchindustrie bleibt ungebrochen.

Ergebnis aus Grüner Sicht: In den Verhandlungen wurde keine Lösung für das Ende der Milchquotenregelung im Jahr 2015 gefunden. So bleiben die Grünen bei der Forderung, dass eine Mengenregulierung auch nach 2015 gelten muss, bevor wieder EU-Überschüsse an Milch mit Exportsubventionen "verschleudert" werden und die Milchbauern in weniger entwickelten Ländern ruinieren. Aus diesem Grunde haben die Grünen den Bericht abgelehnt, waren aber leider in einer Minderheit von insgesamt 97 Abgeordneten.

[> Pressemitteilung von Martin Häusling](#)
[> Plenarrede von Martin Häusling](#)

EU-Nahrungsmittelhilfen

Czesław Adam Siekierski
(EVP, Polen)

*"Abgabe von Nahrungsmitteln
an Bedürftige in der Union"*
A7-0032/2012

Ordentliche Gesetzgebung,
Zweite Lesung

Debatte am Dienstag,
14. Februar

Abstimmung am Mittwoch,

Hintergrund: Der mit dem Rat erzielte Kompromiss zur Nahrungsmittelhilfe an Bedürftige sieht vor, dass bis einschließlich 2013 jährlich 500 Millionen Euro für die Nahrungsmittelhilfe an Bedürftige zur Verfügung gestellt werden, wobei die finanziellen Mittel zu 100 Prozent von der Europäischen Union kommen. Über die Verlängerung der Nahrungsmittelhilfe für Bedürftige wurde in zweiter Lesung entschieden.

Ergebnis aus Grüner Sicht: 79 Millionen Menschen in der EU leben unter der Armutsgrenze und mindestens 16 Millionen erhalten Lebensmittelhilfen. Die erschreckend hohe Anzahl an Bedürftigen zeigt, dass die EU-Mitgliedstaaten selbst gefordert sind. Die Union leistet mit der Nahrungsmittelhilfe einen positiven Beitrag zum sozialen Zusammenhalt der EU. Die Grüne Europafraktion hat sich für die Weiterführung der Nahrungsmittelhilfe ausgesprochen, das Programm wurde angenommen und gilt nun bis Ende 2013.

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



<p>15. Februar</p> <p>Martin Häusling MdEP www.martin-haeusling.de</p>	<p>> Plenarrede von Martin Häusling</p>
<p>Russland</p> <p>Resolution des Europäischen Parlaments 2012/2505(RSP)</p> <p>Die Debatte fand am Mittwoch, 1. Februar, in Brüssel statt</p> <p>Abstimmung am Donnerstag, 16. Februar</p> <p>Werner Schulz MdEP www.werner-schulz-europa.eu</p>	<p>Hintergrund: Das Parlament hat am Donnerstag mit breiter Mehrheit eine gemeinsame Resolution zu den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in Russland angenommen. Gefordert werden korrekte und ehrliche Wahlen in Übereinstimmung mit den Standards von Europarat und OSZE. Gleichzeitig wird festgestellt, dass die Dumawahlen im vergangenen Dezember diese Standards nicht erfüllt haben und Putins Partei "Einiges Russland" eine irreguläre Mehrheit erreicht hat. Verwiesen wird dazu auf den Bericht der Wahlbeobachtungsmissionen von OSZE/ODIHR und GOLOS, die Verfahrensfehler und offensichtliche Manipulationen belegen.</p> <p>Ergebnis aus Grüner Sicht: Die Forderung nach Annullierung der Dumawahlen wurde noch einmal bekräftigt. Business as usual darf es nicht geben. Die Grünen haben zudem erreicht, dass die Arbeit des Parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Russland kritisch überdacht und eine Vertiefung des Dialogs mit der außerparlamentarischen Opposition erfolgen wird. Bereits bei der ersten gemeinsamen Sitzung Anfang April werden auch Vertreter der russischen Opposition eingeladen.</p> <p>Aber nicht nur Verstöße gegen demokratische Wahlen geben Anlass zur Sorge. Auch der Missbrauch der Anti-Extremismus-Gesetzgebung gegen religiöse Minderheiten und Zivilgesellschaftsorganisationen ist nicht hinnehmbar, ebenso wie der derzeit diskutierte Gesetzesentwurf in St. Petersburg, der Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert. Beides wird in der Resolution ausdrücklich verurteilt. In einem von den Grünen unterstützten Änderungsantrag wird erneut die Bestrafung der Schuldigen am Tod des Anwalts Magnitzky gefordert. Das Parlament verlangt von Rat und Mitgliedstaaten, die Verantwortlichen mit einem Einreiseverbot zu belegen sowie ihre Vermögen einzufrieren.</p> <p>> Pressemitteilung von Werner Schulz</p>
<p>Eurobonds / Stabilitätsbonds</p> <p>Anfrage des Wirtschafts- und Währungsausschusses an die Europäische Kommission</p> <p>mit Resolution</p> <p>Debatte am Dienstag, 14. Februar</p> <p>Abstimmung am Mittwoch, 15. Februar</p>	<p>Hintergrund: Die Krisenländer der Eurozone, vor allem Griechenland und Portugal, kämpfen weiterhin mit der Finanzierung ihrer Schuldenlast. Durch Eurobonds könnten sich diese Länder günstiger als momentan finanzieren und damit größere Spielräume schaffen.</p> <p>Ergebnis aus Grüner Sicht: Die Grünen waren Teil der Mehrheit, die im Europaparlament für die Resolution zu Einführung von Stabilitätsbonds gestimmt hat. Damit haben die Grünen, im Gegensatz zu den europäischen Vertretern von FDP und CSU, die sich enthalten haben, deutlich gemacht, dass die Stabilität des Euros Vorrang hat vor der Befriedigung nationaler Egoismen.</p> <p>Im Anschluss an das Grünbuch der EU-Kommission zu diesem Thema, soll diese Resolution die Debatte über Stabilitätsanleihen weiter beleben. Neben den Vorzügen, die sich aus einer gemeinsamen Finanzierung der Euroländer</p>

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



Sven Giegold MdEP
www.sven-giegold.de

ergeben, betont die Resolution unmissverständlich, dass die Vorbedingung für die Einführung von Eurobonds das Bestehen verbindlicher Regeln zum Schuldenabbau und zur Abstimmung der Wirtschaftspolitik der Euroländer ist. Nun muss es darum gehen, einen konkreten Zeitplan zur Einführung von Eurobonds vorzulegen, so wie dies bereits der Maastricht-Vertrag zur Einführung des Euro tat.

[> Pressemitteilung von Sven Giegold](#)

[> Plenarrede von Sven Giegold](#)

[> Artikel auf \[gruene-europa.de\]\(http://gruene-europa.de\):
"Wirtschaftliche Ungleichgewichte in der Eurozone"](#)

Jahreswachstumsbericht für 2012

Bericht Marije Cornelissen
(Grüne/EFA, Niederlande)

*"Beschäftigungs- und
sozialpolitische Aspekte im
Jahreswachstumsbericht 2012"*
A7-0021/2012

Initiativbericht

Debatte und Abstimmung am
Mittwoch, 15. Februar

Elisabeth Schroedter MdEP
www.elisabeth-schroedter.de

Hintergrund: Mit Blick auf den Europäischen Rat im März hat das EU-Parlament den Jahreswachstumsbericht 2012 diskutiert. Die Grünen haben dazu einen Initiativbericht durchsetzen können. Der Jahreswachstumsbericht stellt den Fortschritt in der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik der Mitgliedsstaaten dar: wie sie die Ziele der EU2020-Strategie erreichen, also intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum mit einer höheren Beschäftigungsquote, weniger Armut und einem erhöhten Engagement in Forschung, Bildung, Energie und Klimawandel.

Ergebnis aus Grüner Sicht: Mit dem Initiativbericht positioniert sich das EU-Parlament klar gegenüber dem Europäischen Rat und beurteilt den Jahreswachstumsbericht sowie den Fortschritt der Mitgliedsstaaten in Bezug auf die EU2020-Ziele. Erfreulich ist, dass die Grünen Linien sich auch im Plenum behauptet haben. Einzig die Forderung, in Exportländern wie Deutschland nicht allein den Export zu fördern, sondern auch die Binnennachfrage zu steigern, wurde durch die Stimmen von Konservativen (EVP) und Liberalen (ALDE) blockiert. Das Europäische Parlament fordert nun eine ausgewogene Behandlung der EU2020-Ziele. Der Grüne Bericht plädiert darüber hinaus für zusätzlichen Spielraum bei Investitionen in nachhaltige Beschäftigung und betont, dass soziale Sicherungssysteme stabil bleiben müssen. Die Grünen fordern, dass Mitgliedsstaaten eine Strategie zu nachhaltigen Jobs vorlegen und Frauen weiter in der Arbeitswelt gefördert werden.

[> Pressemitteilung von Elisabeth Schroedter](#)

[> Plenarrede von Elisabeth Schroedter](#)

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



Außerhalb des Plenarsaals

ACTA, Nein Danke!

Fotoaktion der
Grünen Europafraktion

Am Dienstag hat sich die Grüne Europafraktion vor dem Europäischen Parlament in Straßburg versammelt und gemeinsam gegen ACTA, das umstrittene Abkommen gegen Produktpiraterie, protestiert.

[Fotos von unserer Bildaktion findet ihr hier.](#)

[Ein ausführliches Themendossier zu ACTA mit der Grünen Kritik am Abkommen findet Ihr auf unserer Homepage.](#)

Grüner Konvent

zur Zukunft der
Europäischen Union

24. Februar 2012

von 9.30 - 16 Uhr

in Berlin

(PLH des Deutschen Bundestags)

Am 24. Februar veranstaltet die Europagruppe GRÜNE gemeinsam mit der Grünen Bundestagsfraktion den "Grünen Konvent zur Zukunft der Europäischen Union". Während die Staats- und Regierungschefs hinter verschlossenen Türen beraten, suchen die Grünen eine breite Debatte mit der Zivilgesellschaft über die Zukunft der Europäischen Union und notwendige Vertragsänderungen.

Der Blog zum Konvent ist bereits gestartet und basiert auf einer gemeinsamen Erklärung von Europagruppe und Bundestagsfraktion. Ihr seid weiterhin herzlich eingeladen, dort im Vorlauf zum Konvent mitzudiskutieren.

Die Grüne Erklärung und die Reaktionen auf den Blog dienen als Grundlage für den Konvent am 24. Februar in Berlin.

Unter den prominenten Gastrednern:

Pekka Haavisto, Finnischer Umweltminister a. D.

Claudia Buch, Mitglied des Sachverständigenrats (Wirtschaftsweise)

Maria Helena André, Ministerin für Arbeit und Soziales in Portugal a. D.

Michaele Schreyer, EU-Kommissarin a. D.

Anmeldefrist ist Montag, der 20. Februar.

[> Programm und Anmeldung](#)

[> Hier gehts zum Blog](#)

[> Gemeinsame Erklärung](#)

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Termine

Europäische Gespräche: Zurück zur Nation und vorwärts zu mehr Europa. Mit Daniel Cohn-Bendit, MdEP, und Helga Trüpel, MdEP.

19. Februar, Bremen.

[mehr](#)

Europa im Gespräch: Klima wandelt Migration. Mit Ska Keller, MdEP, u.a.

21. Februar, Dessau.

[mehr](#)

Eine gemeinsame Wirtschaftsregierung für die EU - Weshalb, wann, wie? Europäischer Aschermittwoch NRW-Vertretung beim Bund mit Reinhard Bütikofer, MdEP.

22. Februar, Berlin.

[mehr](#)

Mensch Macht Milch. Ausstellungseröffnung mit einem Vortrag von Martin Häusling, MdEP, zu den Auswirkungen der EU-Agrarpolitik.

22. Februar, Mainz.

[mehr](#)

Europa in der Krise! Elisabeth Schroedter, MdEP, diskutiert mit BürgerInnen die Eurokrise auf Einladung des Grünen KVs Oberhavel.

23. Februar, Hohen Neuendorf.

[mehr](#)

Neuordnung des europäischen Datenschutzrechtes. Fachgespräch mit Jan Philipp Albrecht, MdEP, Dr. Thomas Petri, bayerischer Landesbeauftragter für den Datenschutz, auf Einladung von Christine Kamm (MdL).

23. Februar, München.

[mehr](#)

Gegen ACTA. Aber welche Freiheit des Netzes wollen wir? Wie kulturelle Vielfalt in der digitalen Welt gewährleistet werden kann. Mit Helga Trüpel, MdEP, u.a.

23. Februar, Bremen.

[mehr](#)

Die Welt verändern - Von unserer kunstlosen Arbeit am größten aller Kunstwerke. Vortrag von Gerald Häfner, MdEP.

24. Februar, Mannheim.

mehr: gerald.haefner@europarl.europa.eu

ENoP Public Conference. Seminar und Paneldiskussion mit Ska Keller, MdEP, u.a.

27. Februar, Brüssel.

[mehr](#)

Fremd bin ich eingezogen: (Arbeits-)Migration

als europäische Herausforderung am Beispiel der Ukraine. 8. Kiewer Gespräche mit Rebecca Harms, MdEP.

28. Februar, Berlin.

[mehr](#)

Sondersitzung des Parl. Kooperationsausschusses EU-Russland zum Fall Sergej Magnitsky. Mit Werner Schulz, MdEP, und den Botschaftern der USA, Russlands sowie EAD.

28. Februar, Brüssel.

[mehr](#)

Kroatien auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft: Herausforderungen und Probleme. Franziska Brantner, MdEP, diskutiert mit der kroatischen Außenministerin Vesna Pusic und VertreterInnen der Zivilgesellschaft.

29. Februar, Brüssel.

[mehr](#)

The Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA). Ausschussanhörung der EU-Kommission mit Jan Philipp Albrecht, MdEP, u.a.

1. März, Brüssel.

mehr: jan.albrecht@europarl.europa.eu

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Eröffnung des Alten Gymnasiums. Schuleröffnung, Gestaltung einer Unterrichtsstunde und Projektbesichtigungen mit Elisabeth Schroedter, MdEP.

2. März, Neuruppin.

[mehr](#)

EU- Fördermittel und Chancengleichheit... Frauenfrühstück mit Elisabeth Schroedter, MdEP.

3. März, Cottbus.

[mehr](#)

Forum Solidarische Ökonomie – Kultur der Kooperation. Abschlusspodium „Solidarische Ökonomie in Europa“ mit Sven Giegold MdEP

4. März, Kassel.

[mehr](#)

Europäische Gespräche: Derr Weg ist klar, wir müssen uns nur erinnern, warum wir ihn gehen wollen. Helga Trüpel, MdEP, im Gespräch mit Robert Menasse, österreichischer Schriftsteller und Essayist.

4. März, Bremen.

[mehr](#)

GAP-Reform 2013 - Neue Chancen für den ländlichen Raum? Fachgespräch mit Martin Häusling, MdEP.

5. März, Berlin.

[mehr](#)

Projekt Europa in Gefahr? – Grüne Pfade aus der Eurokrise. Diskussion mit Steffi Lemke, Politische Bundesgeschäftsführerin von Bündnis 90 / Die Grünen, und Sven Giegold, MdEP.

5. März, Dessau.

[mehr](#)

Fukushima+1 - Ein Jahr nach 03/11. Konferenz der Grünen Europafraktion mit Rebecca Harms, MdEP, u.a.

7. März, Brüssel.

[mehr](#)

Wahlwertung der Präsidentschaftswahlen in Russland. Öffentliche Anhörung mit Werner Schulz, MdEP, u.a.

7. März, Brüssel.

[mehr](#)

Eine andere Welt ist möglich – Was können wir in Europa für eine gerechte Globalisierung tun? Vortrag und Diskussion mit Sven Giegold, MdEP.

8. März, Bad Alexandersbad.

[mehr](#)

Freie Märkte - freie Menschen? Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und die politischen Aufgaben unserer Zeit. Vortrag von Gerald Häfner, MdEP.

8. März, Bremen.

[mehr](#)

Rohstoffe 2012: Beschaffung optimieren - Risiken managen! Konferenz der FTD mit Reinhard Bütikofer, MdEP.

8. März, Düsseldorf.

[mehr](#)

FAIR ACCESS TO LAND AND FOOD - How to stop global land grabbing. Konferenz der Grünen Europafraktion mit Martin Häusling, MdEP, u.a.

8. März, 2012.

[mehr](#)

Europa-Radweg "Eiserner Vorhang". Vorstellung durch Michael Cramer, MdEP, beim ADFC Berlin.

9. März, Berlin.

mehr: michael.cramer@europarl.europa.eu

Freie Märkte - freie Menschen? Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und die politischen Aufgaben unserer Zeit. Vortrag von Gerald Häfner, MdEP.

9. März, Kiel.

[mehr](#)

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Privacy Barcamp 2012: Datenschutz 2.0. Diskussion über die Zukunft des Datenschutzes mit Jan Philipp Albrecht, MdEP, Politikern, Journalisten und Experten.

9. und 10. März, Hannover (Cebit).

[mehr](#)

Equal Pay: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit - Wie ist die Realität in Freiburger Unternehmen? Franziska Brantner, MdEP, diskutiert mit Vertreter(inne)n aus Wirtschaft und Politik (Carmen Burkhart (Vorsitzende DGB-Frauen Region Südbaden); Frau Machon (DIS AG, Niederlassungsleiterin Freiburg); Pia Federer (Stadtratsfraktion).

13. März, Freiburg.

mehr: franziska.brantner@europarl.europa.eu

Anbaustopp, Strukturwandel, Landschaftspflege hat Weinbau in Südbaden noch Zukunft? Franziska Brantner, Kerstin Andreae (MdB) und Reinhold Pix (MdL) stellen sich den Fragen der BürgerInnen.

13. März, Ihringen.

mehr: franziska.brantner@europarl.europa.eu

Europa-Radweg "Eiserner Vorhang". Vorstellung durch Michael Cramer, MdEP, bei der Finish Sport Association.

15. März, Imatra (Finnland)

mehr: michael.cramer@europarl.europa.eu

Mit den besten Grüßen,

Paul Maximilian Alex

Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Europagruppe GRÜNE

E-Mail: paulmaximilian.alex@europarl.europa.eu